

Blick in die Zeitschriften

Autor(en): **Fabian, Walter**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **38 (1959)**

Heft 2

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ordnung des französischen Ministerrates, die den Abschluß von Verträgen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern über die Beteiligung der Arbeitnehmer am Geschäftsgang der Unternehmungen fördern soll. Falls solche Verträge über eine kollektive Beteiligung der Arbeitnehmer an den finanziellen Ergebnissen oder am Kapital und der Selbstfinanzierung oder an der Vermehrung der Produktivität zustande kommen, können die Unternehmungen jene Beträge, die den Arbeitnehmern als Beteiligung zustehen, von ihrer Steuererklärung absetzen. Die Beträge sind auch bei den Empfängern, also der Arbeiterschaft, steuerbegünstigt.

Abschließend sei noch daran erinnert, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Sozialdemokraten Prof. *Carlo Schmid* als Nachfolger für den jetzigen Bundespräsidenten, Prof. Theodor Heuß, vorgeschlagen haben. BH

Blick in die Zeitschriften

«*Einen Ruf zur Wiederbelebung der sozialen Phantasie*» erhebt Dr. *Robert Jungk*, der Verfasser der Bücher «Die Zukunft hat schon begonnen» und «Heller als tausend Sonnen», in der «*Zürcher Woche*» Nr. 7 (13. Februar 1959). Der Artikel beginnt mit einer ebenso wichtigen wie richtigen Feststellung:

«Wir leben in einem Zeitalter, das ebenso durch Kühnheit des schöpferischen Geistes auf den Gebieten der Naturwissenschaften gekennzeichnet ist, wie durch Ängstlichkeit im gesellschaftspolitischen Denken. In einer Welt des beschleunigten Wandels und der Überraschungen, die durch immer neue Erfindungen auf dem Gebiete der Technik charakterisiert ist, müßte die soziale Phantasie eigentlich Überstunden machen, um wenigstens auf dem Papier mit dem stürmischen Tempo eines tatkräftigen, aber richtungsblinden Fortschrittes mitzukommen. In Wahrheit aber geschieht nichts dergleichen. Hüben wie drüben, im Westen wie im Osten, sind in den letzten 25 Jahren keine gesellschaftlichen Entwürfe geboren worden, die der ‚wissenschaftlichen Revolution‘ auch nur annähernd adäquat wären. Vergeblich versuchen politische Denker der neuen Zeit die längst ausgewachsenen Kleider immer noch einmal durch Verlängern, Anstückeln, Flickern anzupassen. Denn sie scheinen unfähig, neue Gewänder zu schneiden.»

«Woran liegt das?» fragt Robert Jungk weiter und antwortet: «Ein Hauptgrund ist zweifellos in der tiefen Enttäuschung über die unvollkommene, ja zum Teil genau ins Gegenteil gekehrte Verwirklichung fast aller Träume der vorhergehenden zwei Generationen zu suchen. Die Hoffnungen auf eine bessere neue Welt haben uns bisher vor allem Monstrositäten, wie Kernwaffen und die Konzentrationslager, beschert, Ungeheuerlichkeiten, die ja eigentlich zuerst in den Gehirnen besserungsbeflissener Denker entstanden. Ist es unter diesen Umständen vernünftiger, so mag sich der geschreckte Intellektuelle der Gegenwart fragen, das ‚gefährliche Denken‘ überhaupt aufzugeben oder höchstens auf Nebensächlichkeiten loszulassen? Wir erleben daher heute eine nicht etwa nur aus der ‚Furcht vor oben‘, sondern aus tiefer eigener Furcht der Denkenden stammende Selbstzensur, die oft einer Selbstverstümmelung gleichkommt. Die Macht des Denkens, aus der Studierstube des sozialen Außenseiters Marx oder aus dem unschein-

baren Arbeitszimmer des auf der Höhe seiner geistigen Produktivität als ‚harmloser Einzelgänger‘ angesehenen Albert Einstein kommend, hat ungeahnte Kräfte in Bewegung gesetzt. Aber statt Stolz hat die Geistigen seither eine Art Grauen gepackt, das in dem zeitgemäß abgewandelten Worte: ‚Wissen ist *leider auch Macht*‘ zum Ausdruck kommt.»

«Flucht in die Milchstraße» überschreibt Robert Jungk den nächsten Absatz und sagt dazu unter anderem: «Ein Verzicht auf ‚gefährliches Denken‘ scheint einem echten und verständlichen Bedürfnis nach Ruhe und Besinnung zu gehorchen. Es wird aber – besonders wenn es sich um soziales Denken handelt – ein solcher Quietismus zudem durch die dem ‚status quo‘ und dem ‚Immobilismus‘ verschriebenen staaterhaltenden Kräfte in beiden Machtblöcken honoriert. Man wünscht sich weder in jener Hauptstadt, die behauptet, das Mekka der ‚Revolution‘ zu sein, noch in jener, die sich als Hort der Freiheit betrachtet, wirklich revolutionäre und freie Denker. Phantasie, die auf Umgestaltung und Neugestaltung der Verhältnisse drängt, darf zurzeit höchstens als Weltraumprojekt-macherei ihren Ausdruck finden. Lieber von der Milchstraße träumen als vielleicht etwas Milch verschütten ...»

Mir scheint, es ist nun an der Zeit, den Schock, der in der Jahreszahl ‚1984‘ (so lautet bekanntlich der Titel der pessimistischen Utopie Orwells) zum Ausdruck kam, zu verarbeiten und darüber hinaus in ‚Richtung 2000‘ zu streben, worunter ich die *Neuerweckung der sozialen Phantasie und eine Wiederkehr der sozialen Hoffnung* verstehe.»

Als ersten Schritt für unser geistiges Training in der Vorbereitung auf das Jahr 2000 empfiehlt dann Robert Jungk (der nie bei der Kritik stehen bleibt, sondern stets ganz konkrete Aufgaben stellt) «die Ausarbeitung von *Modellen*, in denen die Wünsche unserer Generation sich dem Wissen und dem neuen Können vereinen, um Leitbilder des Kommenden zu finden. Im Gegensatz zu den programmatischen Plänen früherer, der Zukunft zugewandter Denker hätten diese Modelle allerdings nur *Möglichkeiten*, keineswegs aber ein Muß zu entwerfen.» Dann nennt Robert Jungk eine Reihe solcher Modelle, die einer schöpferischen Lösung entgegengeführt werden könnten:

«Modelle für eine deutsche Wiedervereinigung – Modelle für die Garantierung wirtschaftlicher Vollbeschäftigung bei allmählicher Abrüstung – Modelle für die Hebung des Lebens- und Bildungsniveaus in ehemals kolonialen Gebieten – Modelle für eine Welt mit verkürzter Arbeitszeit – Modelle für eine demokratischere Verteilung von schöpferischer Arbeit – Modelle für eine Vermenschlichung der Motorisierung des Verkehrs – Modelle für die moderne neue Stadt.»

«Es bleibt jedem unbenommen», fährt Jungk fort, «selbst eigene, ihm wichtiger erscheinende Modelle als Arbeitsaufgabe vorzuschlagen. Wichtig wäre es allerdings, daß er dann entweder allein, besser aber noch mit einem Kreis von Freunden daran ginge, derartige Entwürfe tatsächlich zu besprechen und zu Papier zu bringen. Wer immer sich an diese Arbeit macht, wird erst dann in vollem Umfange gewahr werden, daß wir heute zwar über eine Vielzahl kritischer Analysen zu fast jedem uns bedrückenden Problem verfügen, jedoch so gut wie keine möglichen Lösungsvorschläge besitzen. Es müßte aber ein Denken sein, das *für* etwas eintritt – im Gegensatz zu dem jetzt noch zu einseitig auf das *gegen* ausgerichteten Denken.»

Abschließend sagt Robert Jungk: «Wer seine ‚Modelle‘ wirklich durchdenkt und sie dann aus dem Status von ‚Luftschlössern‘ in den Zustand der Verwirklichung überführen will, wird nicht umhin können, an die großen ethischen Probleme des menschlichen Zusammenlebens zu rühren. Nur eine Gesellschaft, die wieder *echte ethische Grundlagen des Handelns entwickelt und befolgt* – statt sich mit deren phrasenhafter und pharisäischer Verkündigung zu begnügen –, kann ein Zusammenfließen von Wissenschaft und Weisheit, von Können und Kunst, von Kühnheit der Forschung und Kühnheit der lebendigen Gestaltung herbeiführen.»

Zu den besorgniserregenden Anzeichen eines wiedererwachenden *Antisemitismus in der Bundesrepublik* nimmt Dr. *Rudolf Pechel*, einer der angesehensten deutschen Publizisten, in seiner Zeitschrift *«Deutsche Rundschau»* (Februar) mit der bei ihm gewohnten Entschiedenheit Stellung. Eingangs konstatiert er: «In dem 570 Seiten starken Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1958 stehen folgende zweieinhalb Zeilen: ‚Ebenso werden wiederum allgemein wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus und des Rassenhasses unterstützt.‘ Es scheint sich hierbei um eine Art von ‚geheimer Kommandosache‘ zu handeln, denn in der deutschen Öffentlichkeit und vor allem bei den von antisemitischen Strömungen unmittelbar Betroffenen ist über diese Bemühungen der Bundesregierung auch nicht das geringste bekannt geworden.»

Pechel erinnert dann an die verschiedenen Fälle der letzten Zeit und schreibt dazu: «Das Wiederaufleben des Antisemitismus ist nur dadurch möglich geworden, daß es organisch mit dem Treiben der Nationalsozialisten verbunden ist, die ja nahezu ungehindert in der Bundesrepublik sich betätigen können. Alle diese Tatsachen sind der deutschen Öffentlichkeit seit langer Zeit bekannt. Heute hören wir, daß Bundeskanzler Adenauer auch von dem Hamburger Vorfall mit Entsetzen Kenntnis genommen hätte und daß er empört sei. Wir fragen, hatte der Bundeskanzler nicht schon lange Gelegenheit, sich von seinen Mitarbeitern unterrichten zu lassen über die wahren Zustände, die in der Bundesrepublik herrschen, und haben die Bonner Regierungsbehörden und die Abgeordneten des Bundestages und der Länderparlamente so wenig Fühlung mit dem Volke, daß sie erst jetzt von der Empörung weitester Kreise Notiz nehmen, die nicht nur das Wiederauftreten der Nationalsozialisten, sondern vor allem den Antisemitismus als eine brennende Scham und als deutsche Schande empfinden?»

Pechel sagt dann, das jetzt geplante Gesetz, «um unsere jüdischen Mitbürger, die lebenden und die verstorbenen, vor solchen Gemeinheiten zu schützen», hätte unbedingt schon vor Jahren erlassen werden müssen. Bundesjustizminister Schäffer habe in einer Fernsehsendung mitgeteilt, daß ein entsprechender Entwurf schon früher zweimal dem Kabinett vorgelegen und auch den Fraktionen bekannt gemacht sei, aber im Drang der Geschäfte nicht zur Verabschiedung gelangt wäre! Sarkastisch bemerkt Pechel dazu: «Er hält das anscheinend für eine Entschuldigung, es ist aber eine neue schwere Belastung der Regierung und der Parteien. Denn sie sind also über den Justiznotstand seit langem unterrichtet gewesen und haben das dringend notwendige Gesetz nicht verabschiedet. Immerhin fand der Bundestag Zeit, das Gesetz über die Erhöhung der Diäten zu genehmigen und der Bundesjustizminister genügend Muße, ein Gesetz zur Einschränkung der Pressefreiheit vorzubereiten. – Muß denn in Deutschland immer wieder das Kind erst in den Brunnen fallen, ehe er zugedeckt wird? Oder müssen die Kreise, die, von ernster Sorge getrieben, eine gründliche Säuberung verlangen, zur Selbsthilfe greifen?»

Aus der großen Zahl ähnlicher Pressestimmen möchten wir einen Artikel aus der *«Ketteler Wacht»* (Nr. 4) herausgreifen, weil diese «Katholische Halbmonatsschrift für das schaffende Volk in Stadt und Land» die jetzigen Vorkommnisse in einen größeren geistig-seelischen Zusammenhang stellt. Unter anderem schreibt das Blatt:

«Man soll nichts unnötig aufbauschen, aber auch nichts vertuschen. Es wäre sicher völlig falsch, zu sagen, wir seien auf dem Weg zum Neonazismus. Wer aufgefallen ist, waren die Außenseiter. Aber dieser Außenseiter sind gerade in letzter Zeit mehr geworden. Sie treten neuerdings so dreist auf und finden manchenorts so viel freundliches ‚Verständnis‘, daß jetzt höchste Wachsamkeit geboten ist. Der Boden für unverbesserbare Nazi ist aufgelockerter geworden, als er es noch vor drei oder fünf Jahren war... Mit Gesetzen und Gerichten allein ist den gemeingefährlichen Zungen nicht beizukommen. Es kommt darauf an, eine *Wandlung der Gesinnung* herbeizuführen. Dazu müssen wir uns wieder mehr als in den letzten Jahren auf die sittlichen Fundamente unseres

Staatslebens besinnen. Ohne diese Grundlegung kommt auch das politische Leben nun einmal nicht aus. Deshalb ergibt unsere nüchterne Bilanz:

Auch die christlich-demokratische Arbeit im politischen Alltag muß wieder mehr von der Weltanschauung bestimmt werden. Sie darf sich nicht auf die Hervorkehrung der materiellen und wirtschaftlichen Fortschritte abdrängen lassen. Vier Wochen vor einer Wahl ist es sicher gut und auch nützlich, auf die steigenden Löhne und auf die wachsende Produktion von Autos, Mopeds und Fernsehapparaten hinzuweisen. Es reicht aber nicht aus, um eine echte politische Haltung und ein dauerhaftes politisches Weltbild heranreifen zu lassen. Damit kann man den geistigen Hohlraum, der nach dem lauten Zusammenbruch des Hitler-Reiches bei vielen Deutschen noch immer anzutreffen ist, auf die Dauer nicht ausfüllen. Je mehr die weltanschauliche Ausrichtung und Besinnung auf die geistigen Grundkräfte der Politik aus der ersten Linie verschwinden, desto eher wird das Volk seelisch aufgeweicht. Desto unbequemer wird danach bei vielen die Erinnerung daran, daß der Nationalsozialismus eine himmelschreiende Sünde gegen Gott und die Menschen war. Nicht der ewige Wink mit dem materiellen Fortschritt brems die Frühlingshoffnungen der Unverbesserlichen, sondern nur die bewußte Besinnung auf den geistigen und weltanschaulichen Unterbau der Politik. Nur das schafft eine Atmosphäre, die einem möglichen Neo-Nazismus einfach keine Luft mehr zum Atmen läßt.»

Auch der *Schutzverband der Schriftsteller deutscher Sprache* (SDS) nimmt in der Februarnummer seines im 14. Jahrgang in Zürich erscheinenden Mitteilungsblattes unter dem Motto «Es geht jeden an» zu dem «beunruhigenden Anwachsen des Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland» Stellung und erklärt, der Antisemitismus entfalte sich «unter neuen, denkbar ,ermutigenden‘ Vorzeichen, die zu übersehen sehr verhängnisvoll werden kann. Die Schriftsteller deutscher Sprache können bei dem, was im Bereich ihrer Sprache und Kultur vor sich geht, nicht schweigend beiseite stehen.»

Walter Fabian